

melle oder informelle "Berater" im Hintergrund einen großen politischen Einfluß aus: Der Sturz von Hu Yaobang und Zhao Ziyang und die blutige Niederschlagung der Protestbewegung waren im wesentlichen ihr Werk. Unter chinesischen Intellektuellen werden die Veteranen deshalb als "das Schattenkabinett Chinas" (Zhongguo de yingzi neige) bezeichnet. In Anspielung an die von Deng Xiaoping für die Wiedervereinigungspolitik geprägte Formel "Ein Land - zwei Systeme", die offiziell als eine der "Besonderheiten" des "chinesischen Sozialismus" gilt, haben aufgeklärte Köpfe für die Sonderrolle der chinesischen Politopas eine eigene Formel gefunden: "Eine Partei - zwei Kabinette" (yidang erge). Dies sei ein Charakteristikum des politischen Systems des "Sozialismus chinesischer Prägung". Erwartungsgemäß wenig Verständnis für solchen Humor hatte Beijings Bürgermeister Chen Xitong: Es handele sich mitnichten um harmlose Witze sondern um politische Aufwiegelei, und gegen jene, die solche Dinge verbreiteten, müßten Untersuchungen vorgenommen werden. (Dongxiang, März 1991, S. 22). -sch-

---

## Kultur

---

### \* (13) Schwerpunkte der Planung in Wissenschaft und Technik

Im Rahmen der Planung von Wissenschaft und Technik im 8. Fünfjahrplan (1991-95) wird der Entwicklung der Hochtechnologie höchste Priorität beigemessen. Auf einer nationalen Arbeitskonferenz über die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, die Anfang März in Beijing stattfand, wurde darauf hingewiesen, daß China seit Beginn des "Fackelplans" (Plan für die Entwicklung hochtechnologischer Produkte und Anlagen) im Jahre 1988 landesweit bereits gut 36 Hi-Tech-Berzirkte eingerichtet habe (XNA, 6.3.91). Für das laufende Jahr will der Staat einen Kredit von mehreren hundert Millionen Yuan zur Entwicklung neuer hochtechnologischer Produkte bereitstellen. Daneben sollen zur Unterstützung des "Fackelplans" auch ausländische Kredite eingeworben werden, von denen etwa 600 Forschungsinstitutionen und Universitäten profitieren sol-

len. Ziel des "Fackelplans" ist es, fortgeschrittene Technologie in die Produktion eingehen zu lassen, damit das Wirtschaftswachstum auf der Grundlage wettbewerbsfähiger Hi-Tech-Produkte angekurbelt wird. Der Wert der Industrieproduktion auf dem Hi-Tech-Sektor soll bis zum Jahre 1995 50 Mrd. Yuan erreichen (GMRB, 6.3.91; XNA, 6.3.91).

Wie der Staatsrat und Leiter der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, Song Jian, bekanntgab, hat die chinesische Regierung beschlossen, über zwanzig "Sonderzonen für Wissenschaft und Technik" auszuweisen, um die Entwicklung neuer Technologie, zumal Hochtechnologie, zu fördern (XNA, 18.3.91). Bisher gibt es in China zwölf solcher "Hi-Tech-Entwicklungszonen" (XNA, 15.3.91). Diese Sonderzonen, die zumeist in den wirtschaftlich am weitesten entwickelten Gebieten wie dem Yangzi- und Perflußdelta liegen, sollen besonderes Gewicht auf die Entwicklung hochtechnologischer Industrie legen. Große und mittelgroße Betriebe sind aufgefördert, mehr in wissenschaftlich-technische Projekte zu investieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu steigern.

Neben der Hochtechnologie gilt im 8. Fünfjahrplan der Agrotechnik und anderen Bereichen der angewandten Wissenschaften wie dem Energie-, Verkehrs- und Rohstoffsektor besondere Aufmerksamkeit (GMRB, 6.3.91). Es sollen allgemein in erster Linie solche Projekte gefördert werden, die die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben. Für die 8. Planperiode wurde ein Katalog von Schwerpunktprojekten aufgestellt, von denen in diesem Jahr 94 in Angriff genommen werden sollen. Dabei sollen in der Industrie verstärkte Anstrengungen unternommen werden, die Produktionstechnik und -anlagen im konventionellen Sektor zu modernisieren, damit sie in dieser Planperiode den Weltstandard von Mitte oder Ende der achtziger Jahre erreichen können und in der Lage sind, importierte Technik und Ausrüstung zu übernehmen. Die Planung beinhaltet ferner die Förderung der Entwicklung kompletter Anlagen für verschiedene Industriezweige sowie die breite Anwendung von in China selbst entwickelter Technik und Ausrüstung. Priorität soll die Mikroelektronik, insbesondere die Produktion integrierter Schaltkreise, erhalten. (GMRB, 10.3.91)

Schließlich soll auch die Grundlagenforschung stärker gefördert werden. So hat Song Jian angekündigt, daß der Staat den Anteil der im Etat für Wissenschaft und Technik vorgesehenen Mittel für die Grundlagenforschung im 8. Fünfjahrplan gegenüber dem 7. Plan um ein Prozent (von 7 auf 8 Prozent) erhöhen will (RMRB, 10.3.91). Die Investitionen in diesem Bereich seien ständig gestiegen, sagte Song Jian. Seit 1984 habe der Staat über 400 Millionen Yuan und 76 Millionen US-Dollar in den Bau von 63 Schwerpunktlaboratorien investiert. Hundert weitere Laboratorien seien von verschiedenen anderen Stellen errichtet worden. In der Grundlagenforschung seien gegenwärtig 100.000 Wissenschaftler tätig, doppelt so viele wie vor zehn Jahren.

Der Schwerpunkt der Wissenschaftsplanung liegt eindeutig auf angewandter Forschung mit dem Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und möglichst schnell Gewinne mit den entwickelten technischen Produkten zu machen. In diesem Zusammenhang wird auch die Grundlagenforschung gesehen, denn man hat erkannt, daß auch sie Entwicklungen einleiten kann, an deren Ende einmal kommerziell lohnende Projekte stehen können, wie das Beispiel der Supraleiterforschung zeigt, die seit Jahren besonders gefördert wird. -st-

### \* (14) Einschränkung der Autonomie der Hochschulen

Eines der Ziele der Hochschulreform in China war es, den Hochschulen größere Autonomie zu gewähren. In diesem Zusammenhang wurde in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre das Verantwortlichkeitssystem der Hochschulleitungen eingeführt, allerdings zunächst nur probeweise bei speziell autorisierten Hochschulen mit der Aussicht, dieses System allgemein einzuführen. Davon kann nun keine Rede mehr sein, wie aus einem Bericht der *Volkszeitung* über die "Reform der inneren Verwaltung" an den Beijinger Hochschulen hervorgeht (RMRB, 9.3.91). Darin heißt es, daß alle der Stadt Beijing unterstehenden Hochschulen (also nicht die einer Zentralbehörde unterstehenden Hochschulen) fortan das Verantwortlichkeitssystem der Hochschulpräsidenten "unter der Leitung des Parteikomitees" durchzuführen haben. Ausgenommen sind le-

diglich diejenigen Hochschulen, die die ausdrückliche Genehmigung haben, das Verantwortlichkeitssystem zu praktizieren. Dies bedeutet, daß man bis auf weiteres von der allgemeinen Einführung der Autonomie der Hochschulen Abstand genommen hat und die Partei wieder entscheidenden Einfluß auf die Hochschulverwaltung nimmt. Damit ist ein wesentliches Anliegen der Hochschulreform ad acta gelegt worden. Zwar ist in dem Bericht nur von der Stadt Beijing die Rede, doch es kann kein Zweifel bestehen, daß die Hochschulautonomie nun landesweit wieder eingeschränkt wird.

Demgegenüber sollen demselben Bericht zufolge andere Reformpläne weiter verfolgt werden, insbesondere die Reform des Personalwesens. Hier soll das System der "eisernen Reisschale" und der "eisernen Gehälter" reformiert werden, d.h. die lebenslange Beschäftigung soll nicht mehr oberstes Prinzip sein, und die Gehälter sollen leistungsbezogen werden. Außerdem soll an jeder Hochschule die für Gehälter zur Verfügung stehende Summe, ganz gleich, ob eine Hochschule unbesetzte Stellen hat oder überbesetzt ist, für die kommenden drei Jahre konstant bleiben. Gleichzeitig soll der jeweilige Etat für die Gehälter jedes Jahr überprüft werden, wobei die Hochschulen gehalten sind, die Struktur der Gehälter intern auszugleichen, so daß gewährleistet ist, daß die, die bessere Arbeit leisten, besser bezahlt werden. -st-

\*(15)

#### Ausbau des Postgraduiertenstudiums

In China gibt es derzeit 238 Hochschulen und Universitäten, die autorisiert sind, den Doktor- und Magistertitel zu verleihen. An den Universitäten und Hochschulen Chinas wurden insgesamt 416 Zentren für das Studium akademischer Spezialfächer eingerichtet, und 33 Universitäten haben Schulen für Postgraduierte gegründet. Nach Angaben der Staatlichen Erziehungskommission sind seit Einführung akademischer Grade im Jahre 1981 an den tertiären Bildungsinstitutionen Chinas 140.000 Magister- und 4.610 Dokortitel verliehen worden. Im Jahre 1989 waren derselben Quelle zufolge unter den Postgraduierten 10.998 Anwärter für den Doktor und 87.948 Anwärter für den Magister eingeschrieben. Seit 1989 werden verstärkt Postgraduierte mit praktischer Berufserfahrung zu ei-

nem Postgraduiertenstudium zugelassen, wie es heißt, um das Niveau der Ausbildung anzuheben, wie überhaupt bei der Reform dieses Studiums mehr auf die Verbesserung der Ausbildungsqualität geachtet werden soll. (XNA, 7.3.91)

Ein weiterer Grund, warum vor Aufnahme eines Postgraduiertenstudiums Berufserfahrung erwünscht ist, liegt darin, daß man heute in erster Linie Fachleute in praxisnahen Fächern ausbilden will, wie z.B. Ingenieurwissenschaften und Medizin (ebd.). Demgegenüber sind die Kontingente für geisteswissenschaftliche Fachrichtungen verringert worden. -st-

\*(16)

#### Untersuchung über die Veränderungen im Denken der Studenten

Nach dem 4. Juni 1989 mußten sich weite Kreise der städtischen Bevölkerung, die an der Demokratiebewegung teilgenommen hatten oder im Verdacht standen, an ihr teilgenommen zu haben, Untersuchungen durch die Parteikomitees oder speziell eingesetzte Komitees unterziehen. Insbesondere die Studenten wurden intensiv befragt und mußten schriftliche Angaben über ihr Verhalten während der kritischen Tage machen. Daß der ideologischen Einstellung der Studenten von seiten der Partei größte Aufmerksamkeit gewidmet wird, geht auch aus der Tatsache hervor, daß das Parteikomitee der Provinz Hubei durch die Kommission für Hochschularbeit seit August 1990 unter 400 Hochschulstudenten eine halbjährige systematische Untersuchung durchführen ließ. Der Untersuchungsbericht wurde am 6.3.1991 in der *Volkszeitung* veröffentlicht, wo er eine ganze Seite einnimmt. Aufgabe der Kommission war es, die Veränderungen im Denken der Studenten im Verlauf des vorangegangenen Jahres zu analysieren sowie die Hochschulerziehung und die Einflüsse gesellschaftlicher Faktoren auf die Studenten zu untersuchen. Befragt wurden gut 450 Parteikader und Lehrkräfte sowie 400 repräsentative Studenten an über 20 Hochschulen in Wuhan. Die Studenten wurden einzeln befragt und hatten Zusammenfassungen über ihr Verhalten und die Einflüsse auf ihr Denken niederzuschreiben. Auf die einzelnen Fragebögen hatten die Professoren und Dozenten Erläuterungen zu schreiben. Die Untersuchung, so heißt es, habe

gezeigt, daß nur dann, wenn an den Hochschulen intensive ideologische und politische Arbeit geleistet worden war, Erfolge im Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung zu erzielen waren. Aufgabe der Studenten sei es zu lernen, aber was sie lernten, hänge allein von den Lehrern ab.

Dem Bericht zufolge gaben 87 Prozent der 400 befragten Studenten an, daß ihre ideologische Verfassung und die ihrer Kommilitonen im Verlauf des vergangenen Jahres "sehr große Fortschritte" gemacht habe, nur 5 Prozent gaben an, "die Fortschritte sind nicht groß", und nur 3 Prozent meinten, "im wesentlichen hat es keine Veränderungen gegeben". Unter den 158 Studenten, die in ihrem Fragebogen ein Fehlverhalten während der Unruhen angegeben hatten, bekannten 140 Studenten (etwa 88%), daß sich ihr Bewußtsein deutlich erhöht habe. Wie aus den Befragungen hervorgeht, soll vor allem der Einsatz der Hochschulstudenten in der "sozialen Praxis" während der Sommerferien 1990 einen ideologischen Wandel unter den Studenten bewirkt haben. Über 95 Prozent der Studenten sollen sich an diesen Aktivitäten beteiligt haben.

Als Fazit hält der Bericht fest: 1. Obwohl sich bei der Mehrzahl der Studenten die politische Haltung und der politische Standpunkt seit den Unruhen gewandelt haben, gibt es in ideologischer Hinsicht noch einige bislang nicht gelöste Probleme. 2. Die ideologische Verfassung einer "äußerst kleinen Zahl von Personen" hat sich noch nicht wesentlich verändert. Diese Situation verdient höchste Aufmerksamkeit.

Der Wert solcher Befragungen kann nicht sehr groß sein, denn in den Fragebögen wird in der Regel das dargelegt, was die Partei hören möchte. Wollen die Studenten im Studium vorankommen, so bleibt ihnen im Grunde nichts anderes übrig, als sich anzupassen. Eines jedoch macht die Untersuchung deutlich: Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird die Partei nicht aufhören, die Studenten zu kontrollieren und besonderes Gewicht auf die ideologische Erziehung zu legen. -st-

\*(17)

#### Interview mit dem früheren Vize-Kulturminister Ying Ruocheng

Die Hongkonger Zeitung *Ming Bao* veröffentlichte kürzlich ein Interview mit dem Mitte vergangenen Jahres ab-

gesetzten Vize-Kulturminister Ying Ruocheng. Ying ist ein bekannter Schauspieler und hatte das Amt eines stellvertretenden Kulturministers zu der Zeit inne, als der Schriftsteller Wang Meng Kulturminister war. Wang Meng war nach den Juni-Ereignissen 1989 zurückgetreten, um seiner bevorstehenden Entlassung zuvorzukommen. Ying Ruocheng war Mitte März zur Eröffnung einer Kunstaussstellung in Hongkong eingetroffen.

In dem Interview (*Ming Bao*, 16.3.91, nach SWB, 19.3.91) betonte Ying, daß die chinesische Kulturpolitik Kontinuität im Sinne der Reformen des vergangenen Jahrzehnts brauche und daß sie die eigenen Gesetze achten müsse, die für Literatur und Kunst gelten. Kunst sei nicht durch Erteilung von Befehlen zu schaffen. Ying äußerte sich sehr vorsichtig über die Ausrichtungspolitik im kulturellen Bereich. Er meinte, daß es in bestimmten Angelegenheiten immer mal Ausrichtung geben müsse, daß Kontinuität aber das Wichtigste sei. Kontinuität der Reformen im Kulturbereich sei auch ein Hauptanliegen der kürzlich zu einem Treffen mit Jiang Zemin und anderen Spitzenvertretern der Partei eingeladenen Literaten und Künstler gewesen, sagte Ying. (Davon war in dem Bericht über das Treffen in RMRB/GMRB, 2.3.91, nicht die Rede.)

Künstlern könne man nicht befehlen, was sie zu schreiben hätten, fuhr Ying fort. Für die Kunst dürfe es keine Einschränkungen geben. Zwar hätten Literatur und Kunst auch mit Politik zu tun, aber sie dürften nicht miteinander gleichgesetzt werden, das sei gefährlich. Eine Politik der Abschließung vom Ausland lehnte er für die Kultur ab; vielmehr müsse China ausländische Dinge absorbieren, nur dann könne die chinesische Kultur zur Blüte gebracht werden. Auf die Frage, ob man in China bei der Reform des Kulturbereichs dem Problem der Subventionen genügend Aufmerksamkeit gewidmet habe, meinte Ying, daß es bei der Strukturreform tatsächlich Schwierigkeiten gebe. Der Staat gebe eine Menge Geld für Nichtstuer aus, was ein großes Ärgernis sei und ihn während seiner Zeit im Kulturministerium am meisten beschäftigt habe. Auch nach Wang Meng, der erst kürzlich in der chinesischen Presse kritisiert worden war (vgl. GMRB, 25.1.91), wurde Ying befragt. Er bestätigte, daß es dem Schriftsteller sehr gut gehe; Wang sei froh, daß er sich nun wieder ganz dem Schreiben widmen könne. -st-

#### \* (18) Konferenz über Freizeitliteratur und -kunst

Vom 7.-16. März 1991 fand in Beijing eine Konferenz für junge Freizeitschriftsteller und -künstler statt. An ihr nahmen über 500 Freizeitkünstler aus Industrie, Landwirtschaft und Militär sowie Vertreter der Kulturbürokratie teil, darunter Lin Mohan als Repräsentant des Verbandes der Literatur- und Kunschtätigen (er ist der Parteisekretär des Verbandes) und der Leiter der ZK-Propagandaabteilung Wang Renzhi (vgl. RMRB, GMRB, 8. und 17.3.91). Die Konferenz war vom Verband der Literatur- und Kunschtätigen veranstaltet worden, und zwar handelte es sich um die erste Konferenz dieser Art in der vierzigjährigen Geschichte des Verbandes. Verbandpräsident Cao Yu konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen, doch hatte er in schriftlicher Form eine Rede übermittelt (voller Wortlaut in GMRB, 8.3.91). Die beiden wichtigsten Reden wurden von Lin Mohan (voller Wortlaut ebd.) und Wang Renzhi (voller Wortlaut in RMRB, 9.3.91) gehalten.

Zweck der Veranstaltung war es laut Lin Mohan, die wichtige Position und Rolle des künstlerischen Freizeitschaffens in der gesamten sozialistischen Literatur und Kunst zu würdigen und die Freizeitkunst zu neuer Blüte zu bringen. Eine solche Blüte würde der Festigung und Entwicklung einer politischen Lage der Stabilität und Einheit dienen und alle Kräfte auf den wirtschaftlichen Aufbau konzentrieren. In allen Reden wird hervorgehoben, daß die Freizeitschriftsteller und -künstler aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit als Arbeiter, Bauern oder Soldaten mitten im Leben stehen ("tief ins Leben eindringen"). Die Teilnehmer wurden aufgerufen, die marxistisch-leninistische Kunsttheorie und Mao Zedongs Gedanken über Literatur und Kunst zu studieren, dem Volk und dem Sozialismus zu dienen, sich nicht von den Massen zu entfernen und den Patriotismus des Volkes zu beflügeln.

Die Konferenz muß als ein weiteres Zeichen orthodoxer Kulturpolitik gewertet werden. Die von Mao Zedong und seinen Anhängern einst so hochgelobten Freizeitkünstler waren seit Beginn der Reformperiode ins Abseits gedrängt worden und genossen keine offizielle Unterstützung mehr. Fortan waren es die professionellen Schrift-

steller und Künstler, die das Kulturleben bestimmten. Nun soll die Freizeitkunst wiederbelebt werden. Welcher Stellenwert ihr künftig zukommen wird, bleibt abzuwarten. Doch scheint es, daß die Freizeitkünstler derzeit die Lieblingskinder zumindest solch orthodoxer Kulturpolitiker wie Lin Mohan und Wang Renzhi sind. Ihre Verbundenheit mit den Massen, ihre durchweg größere Bereitschaft, der Parteilinie zu folgen, da sie ja durch die Partei gefördert werden, ihre im allgemeinen geringe Vertrautheit mit westlicher Literatur- und Kunsttheorie und daher geringere Anfälligkeit für westliche Einflüsse lassen sie in den Augen der Orthodoxen als ideale Schriftsteller und Künstler erscheinen. Auch scheinen sie leichter zu "erziehen" zu sein als die professionellen Schriftsteller und Künstler. So verwundert es nicht, daß Wang Renzhi in seiner Rede ausrief: "In Euch sehen wir Zukunft und Hoffnung für die Sache der sozialistischen Literatur und Kunst unseres Landes!"

Die Freizeitkünstler werden immer dann von der Partei besonders gefördert, wenn es ideologische Probleme mit den professionellen Künstlern gibt; das war in maoistischer Zeit so, und das ist auch jetzt wieder der Fall. Viele der professionellen Schriftsteller und Künstler, insbesondere die jüngeren, die im vergangenen Jahrzehnt den Versuch unternommen hatten, durch die Auseinandersetzung mit westlicher Kultur die chinesische Kultur zu modernisieren und von ihrer Meinung nach überholten Traditionen und Dogmen zu befreien, sind gegenwärtig zum Schweigen verurteilt. Es ist jedoch schwer vorstellbar, daß die Freizeitkünstler wieder längerfristig das kulturelle Leben in China prägen werden. Dazu sind die Ansprüche zumindest der halbwegs gebildeten Bevölkerungsschichten schon zu hoch geworden. -st-

#### \* (19) Jiang Zemin trifft Literaten und Künstler

Am 1. März 1991 fand auf Einladung des ZK ein Treffen zwischen Jiang Zemin und anderen führenden Politikern auf der einen und bekannten Schriftstellern und Künstlern auf der anderen Seite statt. Von seiten der Parteiführung wohnten dem Treffen außer dem Generalsekretär u.a. Qiao Shi, Song Ping, Li Ruihuan, Li Tieying, Ding Guan'gen, Yang Baibing und

Wen Jiabao bei; außerdem nahmen Wang Renzhi (Chef der Propagandaabteilung) und einer seiner Stellvertreter, Wang Weicheng, sowie He Jingzhi, der amtierende Kulturminister, an dem Treffen teil. Von seiten der Schriftsteller und Künstler waren u.a. Xia Yan, Liu Baiyu, Yao Xueyin, Wang Meng, Li Delun, Zhang Guangnian, Guan Hua, Wei Wei, Chen Rong, Liu Changyu und Dong Xuewen eingeladen (RMRB, GMRB, 2.3.91). Wie es hieß, war die Atmosphäre von Wärme und Harmonie geprägt. In der Diskussion kamen Themen zur Sprache wie die richtige Durchsetzung der Parteilinie in Literatur und Kunst, die große Einheit unter den Literaten und Künstlern, die Stärkung der Führungsrolle der Partei in Literatur und Kunst, die Motivierung der Literaten und Künstler, sich in das wirkliche Leben zu begeben, die Reform des Literatur- und Kunstsystems und die Heranbildung jüngerer Literaten und Künstler.

Unter der Überschrift "Gemeinsamer Kampf, die sozialistische Literatur und Kunst zur Blüte bringen" hielt Jiang Zemin vor den Gästen eine Rede. Er betonte, daß die Hauptaufgabe gegenwärtig darin bestehe, für Stabilität und Einheit im Lande zu sorgen und die Wirtschaft zu entwickeln. Alle, auch die Literaten und Künstler, hätten sich dieser Aufgabe zu widmen. Er rief die Teilnehmer dazu auf, sich unter die Massen zu begeben, ihre "Gedanken zu befreien" (was immer das zum gegenwärtigen Zeitpunkt heißen mag), neue Wege zu gehen, das großartige kulturelle Erbe Chinas wie auch der ganzen Menschheit zu erben und zu assimilieren und sich zu bemühen, hervorragende Werke über die großartige Zeit und das großartige (chinesische) Volk zu schaffen. In ihren Werken sollten die Schriftsteller und Künstler den "glänzenden Kurs" der Partei bezingen und die Massen motivieren, sich noch enger um die Partei zu sammeln, um gemeinsam zu kämpfen und die zeitweiligen Schwierigkeiten zu überwinden.

Auch zur Kulturpolitik der Partei äußerte sich der Generalsekretär, wobei er die Arbeit der Partei gegenüber den Kulturschaffenden in jüngster Zeit, die unter dem Motto stand "einerseits ausrichten, andererseits zur Blüte bringen" (*yishou zhua zhengdun, yishou zhua fanrong*) positiv bewertete. Damit spielte er auf die Reorganisation, Entlassungen und Kontrollmaßnahmen an, die die Partei nach dem 4. Juni 1989 im

gesamten Kulturbereich vorgenommen hat und die sie aus ihrer Sicht als Maßnahme zur Belebung des kulturellen Lebens und einer gesunden kulturellen Entwicklung deklariert. Ferner wies Jiang auf die Notwendigkeit hin, daß Literaten und Künstler an den Vier Grundprinzipien festhalten, den bürgerlichen Liberalismus bekämpfen, dem Sozialismus und dem Volk dienen, kameradschaftliche Kritik und Gegenkritik üben und die Interessen des Volkes nicht aus den Augen verlieren.

Zwar erwähnte Jiang Zemin auch die "Hundert-Blumen"-Richtung und die Respektierung der individuellen Kreativität, aber dies sind eher formale Zugeständnisse, die angesichts des unverändert rigiden Pflichtkatalogs, wie er seit dem Sommer 1989 für Literaten und Künstler gilt, keine besondere Bedeutung haben. So brachte dieses Treffen denn auch keinerlei Anzeichen für eine Lockerung der derzeitigen Kulturpolitik, vielmehr bestätigte es die rigide Linie der Partei. Die Mehrzahl der geladenen Schriftsteller ist der konservativ-orthodoxen Richtung zuzuordnen, und sie waren es wohl auch, die nicht umhin konnten, sich der Anteilnahme zu erinnern, die "die alte Generation proletarischer Revolutionäre wie der Vorsitzende Mao und Ministerpräsident Zhou (Enlai)" den Kulturschaffenden erwiesen.

Die Partei wollte mit diesem Treffen um Vertrauen bei den im Kulturbereich Tätigen wie unter den Intellektuellen allgemein werben. Dem gleichen Zweck diente ein ähnliches Treffen mit Wissenschaftlern der Akademie der Sozialwissenschaften, das einige Tage zuvor stattgefunden hatte (vgl. RMRB, GMRB, 24.2.91). Beide Zusammenkünfte sollten das gute Einvernehmen zwischen Partei und Intellektuellen dokumentieren, doch scheint es zweifelhaft, ob sie angesichts der orthodoxen kulturpolitischen Linie ihren Zweck erfüllen konnten. -st-

\* (20)

#### Nationaler Verband für den Vertrieb von Publikationen gegründet

Anfang März 1991 wurde in Beijing der Chinesische Verband für den Vertrieb von Büchern und Zeitschriften (*Zhongguo shukan faxingye xiehui*) gegründet. Das chinesische Vertriebssystem für Publikationen verfügt über verschiedene Vertriebswege, wirt-

schaftliche Bestandteile und Ein- und Verkaufsformen, wobei die Xinhua-Buchläden das Rückgrat bilden. Das Vertriebsnetz, so heißt es, erreicht alle Städte und Gemeinden des Landes. Insgesamt gibt es derzeit etwa 110.000 staatliche, kollektive und private Buchhandlungen, darunter 9.000 Xinhua-Buchläden, 29.000 Buchläden, -kioske und -stände in Kollektiv- oder Privatbesitz und über 50.000 dörfliche Buchverkaufsstellen. Die Buchverlage und teilweise auch die Zeitschriftenverlage organisieren den Vertrieb zunehmend selbst. Der Im- und Export von Büchern und Zeitschriften ebenso wie der Vertrieb von Büchern und Zeitschriften in ausländischen Sprachen hat sich wie nie zuvor entwickelt. Auf der Ebene der Zentrale gibt es bereits fünf Firmen für den Im- und Export von Büchern. In China produzierte chinesisch- und fremdsprachige Publikationen werden in über 100 Länder und Gebiete vertrieben. Auch der Handel mit antiquarischen Büchern ist wiederentstanden. In gut dreißig größeren Städten wurden Antiquariate gegründet, und in den meisten Kreisstädten haben die Buchhandlungen antiquarische Abteilungen eingerichtet.

Zum Präsidenten des Verbandes wurde der stellvertretende Leiter der Presse- und Publikationsbehörde Li Guo gewählt (RMRB, 8.3.91). Obwohl es sich um einen nichtstaatlichen Verband handelt, macht diese Wahl die engen Bindungen an die Presse- und Publikationsbehörde deutlich. -st-

\* (21)

#### Vorläufige Bestimmungen über die Verwaltung von Zeitungen

Die Presse- und Publikationsbehörde der VR China hat kürzlich "Vorläufige Bestimmungen über die Verwaltung von Zeitungen" erlassen, die ab sofort gültig sind (vgl. GMRB, 15.3.91; RMRB, 18.3.91). Es handelt sich um die erste gesetzliche Regelung der Kontrolle über das Pressewesen. Die Bestimmungen sind in sieben Punkte unterteilt: Allgemeines, Prüfung und Genehmigung von Zeitungen, Registrierung, Veröffentlichung, Änderungen, Verwaltung und Bestrafung. Im einzelnen wird in den Bestimmungen verfügt, daß jede Zeitung von den Presse- und Publikationsämtern überprüft und genehmigt werden muß. Zu diesem Zweck muß das betreffende Presseorgan ein Registrierungsverfahren durchlaufen, aufgrund dessen es

eine Lizenz, die einheitlich von der Presse- und Publikationsbehörde gedruckt wird, inklusive Registrationsnummer für die Zeitung erhält. Presseorgane, die von den Presse- und Publikationsämtern auf Provinzebene als "inoffizielle Zeitungen" (*neibu baokan*) registriert sind, und Zeitungen, die intern von bestimmten Einheiten benutzt werden, heißen "informelle Zeitungen" (*feizhengshi baozhi*). Diese dürfen nicht verkauft, öffentlich angezeigt, ausgelegt und vertrieben werden, und ihre Hersteller dürfen weder Geschäfte mit dem Blatt machen noch Zweigstellen für Reporter errichten. In den Bestimmungen ist festgelegt, daß Zweigstellen für Reporter keine selbständigen Organe sind, keinen eigenen Rechtsstatus haben und keine Geschäfte betreiben dürfen. Sie unterstehen der Kontrolle der jeweiligen örtlichen Presse- und Publikationsämter.

Inhaltlich muß das, was die lizenzierten Zeitungen veröffentlichen, mit den Themen übereinstimmen, die auf der Lizenz registriert sind. Die Lizenzen dürfen nicht für andere als die registrierten Druckerzeugnisse verwendet werden. Informelle Zeitungen müssen bei jeder Nummer an vorgegebener Stelle deutlich die Aufschrift "Interne Zeitung mit Drucklizenz" sowie die Nummer der Ausgabe tragen.

Alle offiziellen Zeitungen dürfen im Rahmen der gesetzlichen und politischen Bestimmungen neben ihrer eigentlichen Arbeit bezahlte Dienstleistungen anbieten sowie verschiedene Unternehmungen und Werbeaktivitäten entfalten. Solche Aktivitäten dürfen allerdings nur von den Verwaltungs- und Anzeigenabteilungen einer Zeitung durchgeführt werden. Anderen Abteilungen und Personen sind sie untersagt. Die Zeitungen müssen Anzeigen deutlich als solche kennzeichnen; sie dürfen Anzeigen nicht in Form von Meldungen bringen und dafür Geld kassieren.

Zeitungsbüros und verantwortliche Personen, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, werden bestraft.

Bei diesen Bestimmungen geht es weniger um die inhaltliche Kontrolle der Zeitungen, die von den zuständigen Parteikomitees vorgenommen wird, als vielmehr um Formalia, nach denen allerdings auch schon seit geraumer Zeit verfahren wird. Das neue Genehmigungsverfahren für alle Presseorgane

wurde von der Presse- und Publikationsbehörde im Sommer 1989, nach der gescheiterten Demokratiebewegung, im Zuge verschärfter ideologischer Kontrolle eingeführt. Die Vergabe von Lizenzen soll dem Aufsichtspersonal der Presse- und Publikationsämter das Aufspüren illegaler Periodika erleichtern. -st-

\*(22)

#### Anteil der städtischen Bevölkerung wächst

Mitte März ging in Quanzhou, Provinz Fujian, eine Konferenz des Ministeriums für öffentliche Sicherheit zuende, auf der ein Bericht über die Bevölkerung Chinas im Jahre 1990 vorgelegt worden war. Dieser Bericht enthüllte, daß die städtische Bevölkerung Festlandchinas Ende 1990 331,857 Millionen oder 29,4 Prozent der Gesamtbevölkerung betrug. Die Zahl liegt um 16,156 Millionen höher als die für 1989. Auch die Zahl der Städte hat verhältnismäßig stark zugenommen. Ende 1990 betrug sie dem Bericht zufolge 461, das sind 15 Städte mehr als im Vorjahr. Zusammen verfügen diese Städte über 91,52 Millionen Haushalte mit einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 3,6 Personen.

Was die Größe der Städte angeht, so gibt es derzeit 210 Städte mit einer Bevölkerung von weniger als 500.000 Einwohnern und 153 Städte mit einer Bevölkerungszahl zwischen 500.000 und 1 Million. In 82 Städten liegt die Einwohnerzahl zwischen 1 und 2 Millionen, in 16 Städten über 2 Millionen. (XNA, 15.3.91)

Im zweiten Kommuniqué über die vierte Volkszählung vom 1. Juli 1990, das im November 1990 veröffentlicht wurde, war der Anteil der städtischen Bevölkerung noch mit 26,23 Prozent der Gesamtbevölkerung angegeben worden (RMRB, 7.11.90). Dies bedeutet, daß die städtische Bevölkerung im zweiten Halbjahr 1990 um 3,17 Prozent angewachsen ist. Man kann also davon ausgehen, daß der Anteil der städtischen Bevölkerung im Jahr 1990 um über 6 Prozent zugenommen hat. Damit ist das Wachstum der städtischen Bevölkerung weitaus schneller als das jährliche nationale Bevölkerungswachstum, das durchschnittlich etwa 1,4 Prozent beträgt. Da die Geburtenrate in den Städten generell niedriger als auf dem Lande liegt, ist das schnel-

lere Wachstum der städtischen Bevölkerung zum einen auf Zuwanderung aus den ländlichen Gebieten zurückzuführen, zum anderen aber vor allem darauf, daß sich die Zahl der Orte, die den Status einer Stadt erhalten haben, erhöht hat. -st-

\*(23)

#### 350 Millionen Analphabeten

Die Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* druckte in ihrer Märzausgabe einen Artikel ab, in dem eine Reihe von Zahlenangaben aus einem internen Dokument veröffentlicht werden, das das Hauptbüro des Staatsrats anhand von Daten verschiedener Ministerien zusammengestellt hatte. Dem internen Dokument des Staatsrats zufolge beläuft sich die Gesamtzahl der Analphabeten in China auf 350 Millionen Menschen (*Dongxiang*, März 1991, S. 23). Diese Angaben, die ursprünglich von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften stammen sollen, liegen fast doppelt so hoch wie die im offiziellen Kommuniqué über die Ergebnisse der vierten Volkszählung genannte Zahl von 180 Millionen (siehe Brunhild Staiger in C.a., November 1990, S. 839). Sollte die Zahl von 350 Millionen zutreffen, dann würde die Analphabetenrate nicht knapp 16 Prozent, sondern rund 30 Prozent betragen. -sch-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(24)

#### Ausweitung der sino-japanischen Wirtschaftsbeziehungen geplant

Nach der Ende letzten Jahres erfolgten Verlängerung des Handelsabkommens zwischen China und Japan um weitere fünf Jahre werden derzeit bilaterale Gespräche über die Aufhebung noch bestehender Wirtschaftssanktionen und einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation geführt. Hierbei geht es einerseits um die Reduzierung der Prämiensätze für die Exportversicherung auf das Niveau vor dem Juni 1989 und um weitere japanische Kreditzusagen an China.

Für die Periode 1990-1995 war ein Entwicklungshilfekredit für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten mit